



Bildungsverantwortung

Koalition beschließt Schulentwicklungsplan



Die Kasseler Rathauskoalition hat den Schulentwicklungsplan beschlossen. Die grüne Schuldezernentin Anne Janz sieht Kassel für die zentralen Herausforderungen in Sachen Bildung bestens aufgestellt: von den steigenden Zahlen bei den Grundschüler*innen über inklusive Bildung und Zuwanderung bis zur Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt.

In den 54 Schulen in Trägerschaft der Stadt Kassel werden aktuell etwa 30.000 Schüler*innen unterrichtet. Die Prognose im Schulentwicklungsplan geht davon aus, dass in den kommenden fünf Jahren die Schüler*innenzahlen in den Grundschulen steigen, in der Sekundarstufe 1 und 2 ungefähr gleich bleiben und in den Förder- und Beruflichen Schulen sinken.

Netze knüpfen

„Sie können sicher sein, dass wir uns über die Bedeutung der Schulen als Standortfaktor und über ihren wichtigen sozialpolitischen Beitrag in unserer Stadt vollkommen im Klaren sind“, machte Anne Janz in ihrer Rede deutlich. „Dabei ist eine enge, ver-

trauensvolle Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe und weiterer interner und externer Partner unerlässlich. Gemeinsam müssen wir Netze knüpfen und Unterstützung koordinieren, damit kein Kind und kein Jugendlicher in unserer Stadt verloren geht.“

Sachlich diskutieren

„Die Stadt Kassel und die Grünen stehen für die kommunale Bildungsverantwortung, das macht auch dieser Schulentwicklungsplan deutlich“, betonte Dr. Martina van den Hövel-Hanemann. Die schulpolitische Sprecherin der Grünen im Kasseler Rathaus hat für die Kritik der Opposition am Schulentwicklungsplan kein Verständnis. Sie sagt: „Wer den Schulen helfen will, diskutiert sachlich. Wer sich wie CDU und Linke nur selbst darstellen will, setzt auf emotionale Empörung und Verunsicherung.“



Dr. Martina van den Hövel-Hanemann

Sicherheit geht vor

Paul-Julius-von-Reuter-Schule

Die Stadt Kassel hat den südlichen Gebäudeteil der Paul-Julius-von-Reuter-Schule gesperrt. Bei Renovierungen waren Schäden an den Betondecken entdeckt worden. Mit einer Anfrage an die verantwortlichen Dezernenten brachte die Rathauskoalition nun etwas Sachlichkeit in die Debatte um den baulichen Zustand der Schule.

„Die Sicherheit der Menschen, die in der Schule lernen und lehren, hat für uns absoluten Vorrang“, erklärte Schuldezernentin Anne Janz. „Die Schließung ist leider unumgänglich und zeigt, dass unsere Kontrollen funktionieren. Wir arbeiten jetzt intensiv an Lösungen, um Ersatz für die fehlenden

Unterrichtsräume zu finden“, machte Stadtbaurat Christof Nolda deutlich.

Zunächst sollen vorhandene Räume in den verbleibenden Gebäudeteilen bestmöglich belegt werden. Durch kleine Eingriffe werden nicht oder nicht optimal genutzte Räume so hergerichtet, dass dort Unterricht stattfinden kann. Weiterer Raumbedarf ist dem Amt für Schule und Bildung gemeldet. Nachbarschulen werden gebeten, kurz- und mittelfristig Ausweichräume zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig werden freie Kapazitäten in städtischen Gebäuden ermittelt, die ebenfalls von der Paul-Julius-von-Reuter-Schule genutzt werden könnten.

Straßenbeiträge bleiben vorerst

Wahlkampf nicht auf Kosten Kassels

Anlieger sollen sich weiterhin an der Erneuerung von Straßen beteiligen. Die Fraktion Freie Wähler + Piraten war in der Stadtverordnetenversammlung mit ihrem Antrag gescheitert, Straßenbeiträge prinzipiell abzuschaffen.



Dorothee Köpp

„Auch wenn wir gewisse Gerechtigkeitslücken sehen, hilft uns populistischer Aktionismus nicht weiter“, kommentierte Dorothee Köpp, Sprecherin für Haushalt, Finanzen und Städtische Beteiligungen, die Forderung. Es müsse eine finanziell tragbare Alternative gefunden werden, ohne Steuern zu erhöhen und die Finanzierungslücke durch die Beteiligung von Mieter*innen zu schließen. Auf Landesebene wird gerade heftig über das Thema Straßenbeiträge diskutiert; ein Gesetzentwurf der grün-schwarzen Landesregierung ist in Arbeit. Für die grüne Rathausfraktion ist die Forderung von Freien Wählern und Piraten zum jetzigen Zeitpunkt nur der Versuch, ein Thema für den Landtagswahlkampf zu spielen – auf Kosten Kassels.

KURZ & BÜNDIG

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Magistrat damit beauftragt, eine*n Vertreter*in des Vereins Bündnis Kommunen für biologische Vielfalt in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umwelt und Energie einzuladen und Praxiserfolge anderer Mitgliedskommunen zu präsentieren und Strategien für einen nachhaltigen und effizienten Schutz der örtlichen Biodiversität aufzuzeigen. +++ Der Magistrat soll prüfen, inwieweit die Bestimmungen der landwirtschaftlichen Pachtverträge der Stadt Kassel neben den bisherigen Vorgaben für die Bewirtschaftung der Flächen auch auf einen Verzicht von chemisch-synthetischen Pestiziden, insbesondere Glyphosat, erweitert werden können. Die Stadt Kassel setzt bei der Pflege ihrer Grün- und Freiflächen keine Pestizide, insbesondere Glyphosat, ein.

Pro Lebensabschnittsmodell

Eingliederungshilfe: Verantwortung bei LWV

Die Stadtverordnetenversammlung hat sich für den Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) als wichtigen Träger der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ausgesprochen. In einem gemeinsamen Antrag betonen alle Fraktionen, dass die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen auch unter der Geltung des neuen Bundesteilhabegesetzes von den Kommunen und dem LWV gestaltet werden soll.



Dr. Andreas Jürgens

Die Stadtverordneten halten das „Lebensabschnittsmodell“ als sinnvolle Aufgabenverteilung zwischen den Trä-

gern. „Die Kommunen sind als Träger der Eingliederungshilfe für behinderte Kinder und Jugendliche bis zum Abschluss des Schulbesuchs zuständig, der LWV ab der Volljährigkeit der behinderten Menschen“, erläutert Dr. Andreas Jürgens, Sprecher für Behindertenpolitik, das Betreuungskonzept.

Diese Aufgabenverteilung würde nach Ansicht der Fraktionen den Lebenslagen behinderter Menschen Rechnung tragen und am wenigsten an der bisherigen Aufgabenverteilung ändern: Von den minderjährigen behinderten Menschen sind etwa 80 Prozent im Leistungsbezug der Kommunen, mehr als 80 Prozent der Volljährigen erhalten Leistungen des LWV.

Erfolg für Tierschutz

Katzenschutzverordnung

Kassel bekommt eine Katzenschutzverordnung. „Das ist ein Riesenerfolg für alle Tierschützer, für uns Grüne, aber vor allem für die Katzen selbst“, freut sich



Christine Hesse

Christine Hesse. „Selten wurde über ein Thema über Jahre so zäh diskutiert wie über die Einführung einer Katzenschutzverordnung“, blickte die tierschutzpolitische Sprecherin der Grünen zurück. Der Magistrat sieht mittlerweile einen dringenden Handlungsbedarf für Kassel. Noch in 2018 soll die Katzenschutzverordnung laut Magistrat in Kraft treten.

Ausbau des Tramnetzes

Machbarkeitsstudie: Straßenbahn nach Harleshausen

Wie ist es möglich, Harleshausen an das Straßenbahnnetz anzuschließen? Eine Antwort darauf soll eine Machbarkeitsstudie geben. Die Stadtverordnetenversammlung forderte den Magistrat auf, eine solche Untersuchung bei der Kasseler Verkehrs-



Eva Koch

Gesellschaft (KVG) in Auftrag zu geben. „Damit wollen wir darauf vorbereitet sein, den öffentlichen Nahverkehr sinnvoll auszubauen, wenn die Förderkulisse von Bund und Land es zulässt“, erläuterte Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin der Grünen. Im Verkehrsentwicklungsplan 2030 wird die Anbindung Harleshausens an das Tramnetz als sinnvolle Erweiterung des Schienennetzes genannt. Die Machbarkeitsstudie soll in einem ersten Schritt die Randbedingungen für diese Maßnahme klären.



NACHGEFRAGT

In der aktuellen Fragestunde ging es den Grünen vornehmlich um verkehrspolitische Themen. So wollte Joana Al Samarraie, Sprecherin für Stadtgestaltung, wissen, welche Kriterien es für die



Joana Al Samarraie

Beleuchtung von Fußwegen gibt und wie deren Anteil erhöht werden kann. Ordnungs- und Verkehrsdezernent Dirk Stochla (SPD) nahm die Frage als Prüfauftrag mit, ob eine

großzügigere Beleuchtung möglich ist. Steffen Müller, Sprecher für Stadtentwicklung, fragte nach, ob sich auf der Buslinie 110 kurzfristig eine **Haltestelle am Freibad Harleshausen** realisieren

ließe. Stochla merkte an, dass es einen Antrag bei Hessen Mobil in Absprache mit dem Nordhessischen Verkehrsverbund gebe. Eine Umsetzung sei frühestens 2019 zu er-



Steffen Müller

warten. Er wies auf das Anrufsammeltaxi 94 hin.

Eva Koch, verkehrspolitische Sprecherin, stellte die Frage nach dem Stand der Optimierung der **Radroutenverbindung** zwischen Holländischem Platz und dem Bahnhof Wilhelmshöhe. Stochla erläuterte, dass es seit 2015 bereits vier Verbesserungen an der Jägerstraße, an Mauerstraße/Lutherstraße, an der Fünffensterstraße und am Rudolphsplatz gebe. Weitere sollen laut Verkehrsdezernent folgen.



Fraktion im Rathaus

Obere Königsstraße 8, 34117 Kassel

☎ 0561 7871294, fraktion@gruene-kassel.de

www.gruene-fraktion-kassel.de